



Alles Verfassung oder was?

Am 15.11. kam der finanzpolitische Paukenschlag des Bundesverfassungsgerichts - das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 ist mit Art. 109 Abs. 3, Art. 110 Abs. 2 und Art. 115 Abs. 2 Grundgesetz (GG) unvereinbar und damit nichtig. Was sich zunächst etwas sperrig anhört, ist relativ einfach erklärt. Der Bundeshaushalt 2021 sah ursprünglich eine Kreditermächtigung in Höhe von etwa 180 Milliarden Euro vor. Im April 2021 wurde mit einem Nachtragshaushalt (erstes Nachtragshaushaltsgesetz) die Kredithöhe um weitere 60 Milliarden Euro auf 240 Milliarden Euro aufgestockt. Eine Kreditermächtigung ist im deutschen Haushaltsrecht die Ermächtigung von Aufnahmen von Krediten, um Ausgaben zu decken. Ermöglicht wurde dies durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 23. April 2021, mit der Begründung einer außergewöhnlichen Notsituation - einer Ausnahme von der verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenze, der von uns viel kritisierten Schuldenbremse. Im Laufe des Haushaltsjahres 2021 zeigte sich, dass die zusätzlichen 60 Milliarden nicht benötigt wurden. Nun kam die Idee in der Ampelregierung auf, die mit dem Nachtragshaushalt 2021 eingeräumten Kreditermächtigungen in der vollen Höhe dem Klima- und Transformationsfond für die kommenden Haushaltsjahre zuzuführen.

Aufgrund eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan für das Jahr 2021 (zweites Nachtragshaushaltsgesetz) wurde das Volumen des Klima- und Transformationsfonds von 42,6 Milliarden Euro auf 102,6 Milliarden Euro erhöht. Die Änderung trat zum 1. Januar 2021 rückwirkend in Kraft. Das Gesetz wurde am 25. Februar 2022 im Bundesgesetzblatt verkündet. Diese vorgesehene rückwirkende Zuführung der Kreditermächtigungen verstößt laut dem Bundesverfassungsgericht gegen das Grundgesetz. Die Richter entschieden damit, dass der Staat sich Notlagenkredite nicht für spätere Jahre auf Vorrat zurücklegen darf - es muss jedes Mal neu eine Notlage erklärt werden. In der Folge dieser Entscheidung hat der Bund in diesem Jahr Geld ausgegeben, das ihm nicht zustand. Es ist ein milliardengroßes Haushaltsloch entstanden. Die Haushaltswoche im Bundestag wurde abgesagt. Am Montag, den 27.11., vollzog die Bundesregierung den Beschluss einer Notlage. Der Bundestag muss dem noch zustimmen. (Stand bei Redaktionsschluss). Dieser Vorgang ist ein guter Grund, die Schuldenbremse erneut scharf zu kritisieren. Das Bild der Schwäbischen Hausfrau, das auf eine Volkswirtschaft projiziert wird, ist eine Mähr um den seltsamen Fetisch der Schwarzen Null zu rechtfertigen -

Schluss mit Angriffen auf das Asylrecht, Versorgungskrise in den Kommunen lösen!

„Es gibt keine Flüchtlingskrise, sondern eine Versorgungskrise. Um diese zu lösen, muss massiv in die öffentliche und soziale Infrastruktur investiert werden. Darüber müssen Bundeskanzler Scholz und die Ministerpräsident:innen der Länder beraten. Die immer drastischeren Angriffe auf die Rechte geflüchteter Menschen müssen dagegen sofort beendet werden. Sie schüren rassistische Ressentiments, tragen zu gesellschaftlicher Verrohung bei und helfen keiner einzigen Kommune“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, anlässlich der heute stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz. Bünger weiter:

„Eine lösungsorientierte Fluchtpolitik muss anerkennen, dass Fluchtbewegungen sich nicht einfach an den Grenzen aufhalten lassen. Solange es Fluchtursachen gibt, werden Menschen gezwungen sein zu fliehen. Das Asylrecht gilt auch und gerade dann, wenn viele Menschen Schutz benötigen.“

Die Kommunen werden seit Jahren kaputtgespart. Das muss sich ändern! Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die notwendige Infrastruktur zu schaffen, um Geflüchtete menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Es braucht eine Strategie für soziale Sicherheit, ganz unabhängig davon, wie viele Geflüchtete kommen. Davon würden alle Menschen in Deutschland profitieren.“



Clara Bünger
Mitglied des Bundestags

es ist zum Markenzeichen der Konservativen geworden. Gerade in Zeiten, in denen die Wirtschaft in eine Rezession zu rutschen droht, ist eine Investition des Staates in unter anderem digitale und analoge Infrastruktur, Bildungssystem, Gesundheitssystem, staatlichen Wohnungsbau und nicht zuletzt in den ökologischen Umbau bzgl. Verkehr und Energieversorgung das Mittel der Stunde. Dieser Vorgang ist ein guter Grund, die Schuldenbremse erneut scharf zu kritisieren. Das Bild der Schwäbischen Hausfrau, das auf eine Volkswirtschaft projiziert wird, ist eine Mähr um den seltsamen Fetisch der Schwarzen Null zu rechtfertigen – es ist zum Markenzeichen der Konservativen geworden. Gerade in Zeiten, in denen die Wirtschaft in eine Rezession zu rutschen droht, ist eine Investition des Staates in unter anderem digitale und analoge Infrastruktur, Bildungssystem, Gesundheitssystem, staatlichen Wohnungsbau und nicht zuletzt in den ökologischen Umbau bzgl. Verkehr und Energieversorgung das Mittel der Stunde. Denn je mehr erwirtschaftet wird, desto höher die Steuereinnahmen mit denen die Schulden bedient werden. Für eine tragfähige Aussage zur Verschuldung ist das Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftsleistung relevant. Die Staatsverschuldung ist also immer nur als relativer Wert aussagekräftig. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass in der Regel Staatsschulden nicht zurückbezahlt, sondern sie nach Ablauf ihrer Frist neu aufgelegt werden. Entscheidend sind die Zinsen. Diese werden allerdings von der Europäischen Zentralbank festgelegt. Solange ein Staat oder eine Staatengemeinschaft über das Währungs- und Zinsmonopol verfügt, ist die nominale Höhe der Verschuldung irrelevant. Erschreckend, dass wir als Linke hier Aufklärungsarbeit leisten müssen. Übrigens ist das Sondervermögen der Bundeswehr vom Urteil des Bundesverfassungsgericht nicht betroffen, da dieses separat im Grundgesetz verankert wurde – schade.

Frank Dittrich

Kreisvorsitzender
DIE LINKE Zwickau



Der 9. November 2023 - kein Jahrestag der Novemberpogrome wie die vergangenen Jahre

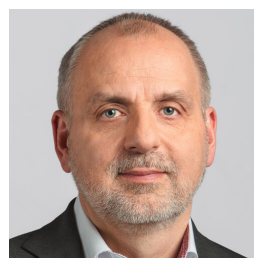
Mahnwachen, Kranzniederlegungen, Gedenkreden: Am 9. November haben viele Menschen der Reichspogromnacht gedacht, so wie in den letzten Jahren. Die Zerstörung von Synagogen und jüdischen Geschäften durch die Nationalsozialisten 1938 markierte den Beginn des Holocaust, der systematischen Vernichtung der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden. 2023 wurden wir alle aus unseren „Ritualen“ gerissen. Der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war ein unfassbares Verbrechen. Soldaten und Zivilisten, Israelis und Menschen aus anderen Ländern, Männer, Frauen und Kinder wurden vergewaltigt, gefoltert, ermordet – einzig deswegen, weil sie Jüdinnen und Juden waren. Es war das schlimmste Pogrom seit dem Zweiten Weltkrieg, ein barbarischer Ausbruch des Antisemitismus. Weltweit haben unzählige Menschen darauf ihre Solidarität mit Israel bekundet. Das ist ein gutes Zeichen. Aber es gab auch Verblendete, in der muslimischen Welt, aber auch bei uns im Westen, die das Massaker vom 7. Oktober als Befreiungstat rechtfertigten. Aber der feige Mord an Unschuldigen ist nie etwas anderes als ein Verbrechen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Die Hamas kämpft nicht für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser, die sie selbst unterdrückt, sondern für die Vernichtung des Staates Israel. Wer diese Organisation verherrlicht und auf deutschen Straßen „Tod den Juden“ ruft oder sogar jüdische Menschen und Institutionen angreift, der ist ein Antisemit und muss für seine Taten bestraft werden. Das gilt übrigens völlig unabhängig von der Herkunft der Täter oder Täterinnen. Jüdinnen und Juden müssen sich in Deutschland sicher fühlen – dazu muss keine „Staatsräson“ bemüht werden, das ist eine Frage der Menschlichkeit und der Toleranz.

Für uns als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten ist klar: Niemand, der antisemitische Vorurteile pflegt, kann sich als „links“ bezeichnen und zu uns gehören. Der Krieg, der jetzt im Nahen Osten tobt, sorgt auch in Deutschland, in Sachsen, bei uns im Erzgebirge für Angst und Wut. Wie schon so oft in den vergangenen Jahren wird in der Öffentlichkeit nur noch in den Kategorien von Freund und Feind gedacht. Dieses Schwarz-Weiß-Denken aber befördert ganz gewiss nicht den Frieden.

Der kann nur durch Verständigung und Ausgleich wachsen. Es ist falsch, Menschen als Feinde Israels zu denunzieren, nur weil sie auf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung hinweisen. Der Krieg, der jetzt im Nahen Osten tobt, sorgt auch in Deutschland, in Sachsen, bei uns im Erzgebirge für Angst und Wut. Wie schon so oft in den vergangenen Jahren wird in der Öffentlichkeit nur noch in den Kategorien von Freund und Feind gedacht. Dieses Schwarz-Weiß-Denken aber befördert ganz gewiss nicht den Frieden. Der kann nur durch Verständigung und Ausgleich wachsen. Es ist falsch, Menschen als Feinde Israels zu denunzieren, nur weil sie auf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung hinweisen. Ja, Israel hat das Recht, sich gegen die Überfälle und den Raketenbeschuss der Hamas zu verteidigen und die verschleppten Geiseln zu befreien. Jedoch auch der Staat Israel muss dabei das Völkerrecht achten. Wir als LINKE sollten bei unserer Überzeugung bleiben: Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern lässt sich nicht militärisch lösen, sondern nur dadurch, dass zwei Staaten geschaffen werden, in denen Jüdinnen und Juden sowie Araberinnen und Araber in Sicherheit leben können. Auch die Menschen in Palästina brauchen eine Perspektive für Frieden, Wohlstand und Selbstbestimmung. Wir sehen außerdem mit großer Sorge, dass dieser neue Krieg die Gefahr einer globalen Eskalation weiter erhöht. Wir finden es falsch, dass die Bundesregierung keinen anderen Weg zu kennen scheint, als sich an dem Wettlauf der Aufrüstung zu beteiligen. Wir müssen als Gesellschaft nicht „kriegstüchtig“ werden, wie der Verteidigungsmister uns erklärt, sondern friedentüchtig! Wer diesen Wunsch nach Frieden als Vaterlandsverrat oder Feigheit verunglimpft, der vergiftet die demokratische Debatte.

Es ist ein großes Glück für uns alle, dass nach dem Grauen der Shoah in Deutschland inzwischen wieder ein jüdisches Leben erblüht ist. Es wurden neue Synagogen für jüdische Gemeinden erbaut, jüdische Restaurants, jüdische Theater, jüdische Vereine gehören wieder zu unserer Kultur. In Chemnitz gibt es seit längerem einen jüdischen Kindergarten und endlich wurde jüdischer Religionsunterricht, dem katholischen und evangelischen gleichgestellt, auch wenn wir als LINKE der Meinung sind, dass Religion kein Unterrichtsfach an staatlichen Schulen sein sollte. Clara Bünger, weitere Mitglieder aus dem Bundestag, dem Landtag, wie auch ich waren vor ein paar Wochen bei der jüdischen Gemeinde in Chemnitz und haben uns über ihre aktuelle Situation informiert. Manche Schilderungen waren beklemmend, weil sie von Angst geprägt waren, dass sich Geschichte wiederholen könnte. Wir als LINKE müssen uns jedem Versuch entgegenstellen, Jüdinnen und Juden zu bedrohen oder zu verletzen. Wir als LINKE kämpfen aus Überzeugung gegen jede Form des Antisemitismus und heucheln diesen Kampf nicht wie es insbesondere die AfD tut, um gegen Muslime zu hetzen. Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, sagt über die AfD: „Ich bin der Meinung, dass es seitens der demokratischen Parteien keine Zusammenarbeit mit einer Partei geben darf, die in großen Teilen nationalistisch, rassistisch und völkisch ist. Einer Partei, die ganz klar auch Nazi-Ideale verkörpert.“ Josef Schuster hat damit völlig recht. Vor allem zeigt jede Statistik, dass der größte Feind, den Jüdinnen und Juden in Deutschland haben, die antisemitische extreme Rechte ist und bleibt.



Rico Gebhardt

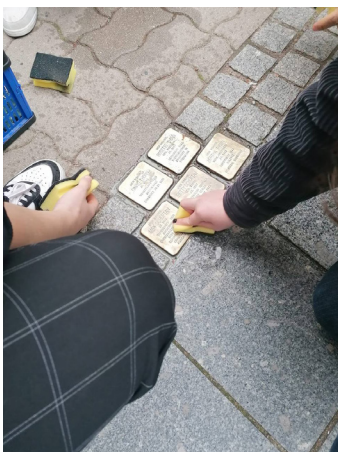
Kreisvorsitzender
DIE LINKE Erzgebirge

Novemberpogrome jährte sich in diesem Jahr zum 85. Mal.

Der Novemberpogrom jährte sich in diesem Jahr zum 85. Mal. Diese Nacht ging war der erste Höhepunkt der Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten. Mit Stolpersteinen wird an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Mehr als 90.000 Gedenksteine wurden bereits in Europa verlegt. An den Jahrestagen der Novemberpogrome finden Putz-Aktionen statt.

In Aue haben in diesem Jahr Jugendliche einer Berufsschule sowie das Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit und Engagement e.V. aus Aue-Bad Schlema teilgenommen und das Putzen der Stolpersteine übernommen.

Wir als Kreisverband DIE LINKE. Erzgebirge und die Stadtfraktion Die Linke / SPD Aue-Bad Schlema haben, wie in all den Jahren zuvor, wieder Rosen in Aue und Schneeberg niedergelegt.



Gelenkwellenwerk Mosel - Kampf für gute Arbeitsplätze

Das Gelenkwellenwerk Mosel (GKN Drive-line) stellt seit vielen Jahren hochwertige Gelenkwellen her. Das Werk hat eine lange Geschichte in der Automobilindustrie. Es hat viele Arbeitsplätze geschaffen und einen wichtigen Beitrag zur lokalen Wirtschaft geleistet.

Leider hat das Unternehmen im Januar 2023 angekündigt, dass es das Werk aus wirtschaftlichen Gründen schließen wird. Diese Entscheidung hat für großes Aufsehen gesorgt. Es trifft nicht nur die Mitarbeiter und ihre Familien, sondern auch die lokale Wirtschaft hart.

Die Schließung des Gelenkwellenwerks Mosel bringt viele Herausforderungen mit sich. Über 800 Mitarbeiter waren vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht, was nicht nur traumatisch für sie ist, sondern auch für die gesamte Region. Die wirtschaftliche Abhängigkeit auch von diesem Werk wird eine große Lücke hinterlassen, die schwer zu füllen sein wird. Die Gründe für die Schließung des Werks sind vielschichtig. Zum einen hat die Automobilindustrie in den letzten Jahren einige Veränderungen erlebt. Die Nachfrage nach Elektro- und Hybridfahrzeugen nimmt zu, was zu Preisverfall bei traditionellen Antriebssystemen führt. Das Gelenkwellenwerk Mosel hat allerdings nach Gewerkschaftsangaben nicht schnell genug auf diese Veränderungen reagiert und sich auf alte Technologien konzentriert. Nachdem die Pläne bekannt wurden, gab es in der ganzen Region bis hinauf in die Landespolitik einen Aufschrei des Protestes. Unsere Fraktion hat dies aufgenommen und einen Antrag eingebracht, in dem den Beschäftigten Solidarität bekundet und die Oberbürgermeisterin mit der Aufnahme von Verhandlungen zum Erhalt des Standortes beauftragt wurde. Der Stadtrat folgte dem einstimmig.

Leider waren die Bemühungen für die Beschäftigten bisher nur teilweise von Erfolg geprägt. Das Unternehmen hält an seinen Schließungsplänen fest. Der Belegschaft gelang es allerdings gemeinsam mit der IG Metall, in einem Sozialtarifvertrag hohe Abfindungen für sich auszuhandeln. Außerdem wird weiter nach einem Investor gesucht. Dabei haben die Beschäftigten nun ein weiteres Pfund in der Hand, denn ihre Abfindungen könnten sie auch einem Investor zum Erhalt des Werkes zur Verfügung stellen. Unsere Fraktion behält die Entwicklungen im Blick und steht an der Seite der Moseler Belegschaft und der Gewerkschaft. (BRu mit ReHa)



Bericht zum Bundesparteitag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen
Hinter uns liegt ein Bundesparteitag (BPT) im Zeichen des Aufbruchs. Neben vielen inhaltlichen Debatten und dem Beschluss unseres sehr guten Europawahlprogramms, gab es u.a. Reden von Dietmar Bartsch sowie zahlreichen Grußworten internationaler Verbündeter.

Weiterhin fand im Rahmen der BundesvertreterInnen-Versammlung (BVV) die Listenaufstellung zur Europawahl statt. Mit Martin Schirdewan (Platz 1 - 86,9%) und Carola Rackete (Platz 2 - 77,8%) als Spitzenkandidatin und Spitzenkandidat, sowie Özlem Alev Demirel-Böhlke (Platz 3 - 62%), Gerhard Trabert (Platz 4 - 96,8%) und Ines Schwerdtner (Platz 5 - 57,5%) haben wir ein gutes Team gewählt, welches eine gute Bandbreite an Interessen unserer Partei vertritt.

Besonders hervorheben sollten wir das gute Abschneiden von Gerhard Trabert, wenngleich dies eine Mammutaufgabe wird, da wir unser Spitzenduo mit Martin Schirdewan und unserer sächsischen Kandidatin Carola Rackete unmöglich torpetieren sollten. Jedoch handelt es sich mit Gerhard Trabert als „Arzt der Armen“ einmal mehr um einen mehrheitsfähigen Kandidaten im Spitzenquartett. Viel mehr könnte hier geschrieben werden, doch möchte ich es hierbei belassen und auf Rückfragen an die Delegierten des KV Zwickau bzw. KV Erzgebirge sowie die Publikationen auf der Homepage der Landes- und Bundespartei verweisen. Sicher ist euch unser neues Design nicht entgangen. Dieses bezieht sich nicht nur auf ein neues Logo, welches den Keil als Element des russischen Avantgardisten El Lissitzky einbindet und so eine historische Verbindung unserer sozialistischen Wurzeln herstellt. Dahinter steckt ein weitreichendes Designkonzept, welches in erster Linie uns ehrenamtlich Engagierten, die mit Druck- und Digitalerzeugnissen für die Partei arbeiten, eine wesentliche Arbeitserleichterung beschert.

Schaper und Hartmann: Wir bleiben solidarisch mit den Streikenden!

Mit Blick auf die zurzeit in Sachsen stattfindenden Streiks, etwa beim Essensanbieter VielfaltMenü oder im öffentlichen Dienst, erklären die Landesvorsitzenden von DIE LINKE. Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann:

„Wir stehen solidarisch an der Seite der Streikenden. Wir fordern zudem alle von den Streiks Betroffenen auf, dies ebenso zu tun. Die Forderungen nach einem angemessenen Ausgleich der Inflation sind berechtigt und wichtig. Durch die hohen Preissteigerungen sind die meisten Menschen mit sinkenden Reallöhnen konfrontiert. Viele hatten seit Jahren keine Lohnerhöhung.“

Wütend machen uns die persönlichen Geschichten. Etwa als uns heute ein Streikender erzählte, dass er bei 20 Jahren Beschäftigung im Unternehmen noch nie eine Lohnerhöhung hatte. Gute Arbeitsbedingungen und Löhne können wir nur gemeinsam erreichen. Die Devise heißt daher: Zusammenstehen, solidarisch sein, Streikende unterstützen! Als LINKE werden wir in den kommenden Wochen bei allen Streiks vor Ort sein und unsere Solidarität bekunden.“

Sicher ist euch unser neues Design nicht entgangen. Dieses bezieht sich nicht nur auf ein neues Logo, welches den Keil als Element des russischen Avantgardisten El Lissitzky einbindet und so eine historische Verbindung unserer sozialistischen Wurzeln herstellt. Dahinter steckt ein weitreichendes Designkonzept, welches in erster Linie uns ehrenamtlich Engagierten, die mit Druck- und Digitalerzeugnissen für die Partei arbeiten, eine wesentliche Arbeitserleichterung beschert. Wichtig ist auch zu betonen, dass die Planung dafür schon weit zurück reicht. Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, dass wir die Partei mit dem neuen Aussehen sowie der Kampagne „Eine Linke für Alle“ nicht auf Krampf verjüngen wollen. Uns ist es ein Anliegen die Generationen zu verbinden und gegenseitig von Erfahrungen zu lernen. Erfolge durch die Kampagne sowie ein geschlossenes Auftreten auf den Parteitagen stellen sich schon ein. Wir verzeichnen einen hohen Mitgliederzuwachs. Leider sehen auch manche ehemalige Genossinnen und Genossen ihre Zukunft nicht in der Linken. Umso wichtiger ist es, euch die dabei geblieben sind und bleiben werden aus tiefster Überzeugung ein „DANKE“ zu übermitteln. Gehen wir gemeinsam gestärkt ins Wahljahr 2024. Packen wir es an.

Michael Berger

Mitglied des Kreisvorstandes
DIE LINKE Zwickau





Nicht an der Zukunft sparen: Die Investitionsbremse

Die Linke Sachsen fordert die Abschaffung der sogenannten sächsischen Schuldenbremse und eine sächsische Bundesratsinitiative zur Streichung der sogenannten Schuldenbremse aus dem Grundgesetz. Hierzu erklärt Stefan Hartmann, der Vorsitzende von Die Linke Sachsen:

„Seit Tag 1 ihrer Einführung ist klar: Die Investitionsbremse gehört wieder abgeschafft. Politik braucht Handlungsspielräume, erst recht in diesen krisenhaften Zeiten. Wer an der Bremse festhält, macht den Staat handlungs- und zukunftsunfähig und zerstört willentlich die öffentliche Infrastruktur. Schuldenfreiheit bringt unseren Kindern und Enkeln gar nichts, wenn gleichzeitig die Lebens- und Arbeitsgrundlagen auf Grund fehlender Investitionen heruntergewirtschaftet wurden. Marode Brücken und Straßen, zerfallende Schulhäuser und ein verschlissener öffentlicher Nahverkehr sind genauso Schulden, die in Zukunft auf unseren Schultern lasten werden. Dieser Tage wird viel das Bild der sparsamen schwäbischen Hausfrau bemüht. Wer den Staat aber darauf reduziert, betreibt bewusst Volksverdummung.“

Vielmehr müsste man vom klugen Unternehmer sprechen, der Kredite aufnimmt, um sein Unternehmen für die Zukunft fit zu machen und so vor der Insolvenz zu bewahren.

Stattdessen sind seit 20 Jahren die Nettoinvestitionen des Staates negativ, das heißt: Es wird nicht mal genug investiert, um das zu erhalten, was wir haben. Man muss kein Ökonom sein, um zu verstehen, dass das nicht auf Dauer gut gehen kann. Würden man einen Nachbarn, der sein Fahrrad jahrelang nicht zur Wartung bringt und sich dann wundert, dass er sich teuer ein neues kaufen muss, für einen Sparfuchs halten? Eher nicht. Der sächsische Landesverband der Linken wird die Landtagsfraktion auffordern, entsprechende Anträge zur Änderung der Landesverfassung einzubringen. Gleichzeitig muss Sachsen eine Bundesratsinitiative starten, um die Investitionsbremse aus dem Grundgesetz zu streichen. In jedem Fall ist die Investitionsbremse in ihrer jetzigen Form nicht mehr tragbar. Das Mindeste wäre eine sofortige Reformierung mit längeren Tilgungsfristen, größeren Spielräumen und Ausnahmen für wichtige Bereiche wie Klimaschutz, Bildung und Gesundheitsversorgung.“

Susanne Schaper beim Apotheken-Protest in Dresden: Alle Menschen in Sachsen müssen einen leichten Zugang zu Arzneimitteln und Beratung haben!

Apothekerinnen und Apotheker aus Ostdeutschland protestieren heute unter anderem in Dresden unter anderem für eine angemessene Vergütung. Bei der Kundgebung, die ab 14 Uhr auf dem Theaterplatz stattfindet, wird auch die Vorsitzende von Die Linke Sachsen, Susanne Schaper, dabei sein. Sie erklärt: „Wir stehen an der Seite der Apothekerverbände. Auch wir warnen davor, dass die Zahl der Apotheken weiter sinkt. Der Festbetrag, mit dem die laufenden Kosten gedeckt werden, wurde seit Jahren nicht erhöht, obwohl die Kosten steigen. Perspektivisch ist die Versorgung gefährdet, vor allem auf dem Land. Der Zugang zu Medikamenten ist eine Frage der Gerechtigkeit! Die Apotheke vor Ort ist unverzichtbar und viel mehr als eine Ausgabestelle. Anders als Versandapotheken bietet sie niedrigschwellige Beratung und bei Lieferengpässen Ersatzprodukte – sofern sie die nötigen Räume und Mittel bereithält. Apotheken sind auch unver-

Schließlich haben nicht alle Menschen jederzeit Zugriff auf ein Auto oder auf Bus und Bahn.

Damit es genug Nachwuchs für die pharmazeutischen Berufe und die Apotheken gibt, müssen die Rahmenbedingungen besser werden. Das fängt bei den Honoraren an und hört beim Abbau der Bürokratie nicht auf. Der Beratungsaufwand muss vergütet werden. Gleichzeitig sollten die Apothekerinnen und Apotheker mehr Entscheidungsspielraum bei der Verordnung von Arzneimitteln bekommen. Der Aufwand zur Bewältigung von Lieferengpässen ist auszugleichen. Der Freistaat muss aktiv werden, damit die Rohstoffbeschaffung für Medikamente besser wird und mehr Ausbildungsplätze entstehen. Profitinteressen der Pharmaindustrie und die Kürzungswünsche der Kassen müssen hintanstellen.“



Ein Beitrag zum BPT, den ich aus Gründen des Zeit- und Losverfahrens leider nicht mehr halten konnte.

Hallo Leute,
ich bin Andreas und komme aus Schwarzenberg der Perle des Erzgebirges in Sachsen.

Jetzt werden viele vor allem Menschen aus dem „güldenen Westen“ denken: „Uff, Sachsen – Dunkeldeutschland!“

Da widerspreche ich, Nein das sind wir nicht!

Bei uns in Zwickau wurden 1904 die August Horch & Cie. Motorwagenwerke AG gegründet, der Vorläufer von AUDI.

Bei uns in Schwarzenberg – Neuwelt wurden Kartoffelpresse und Trommelwaschmaschine erfunden.

Der erste FCKW-freie Kühlschrank kommt dank FORON aus Schwarzenberg, übrigens mit Hilfe von Greenpeace.

Und das wichtigste überhaupt, um den Tag richtig zu beginnen, wurde von einer Dresdnerin erfunden, der Kaffeefilter.

Chemnitz ist Kulturhauptstadt 2025.

Das klingt ja alles schön und gut, wo ist da also das Problem außer mittelmäßiger Fußball und Nazis? Abwanderung ist unser Problem, uns fehlen Kommunalpolitiker:innen und Gewerkschafter:innen die ihre progressiven linken Ansichten in die Waagschale werfen, welche zur Zeit von Rechts konservativ dominiert wird. Wir haben in Sachsen eine ganze Generation verloren, weggezogen in den goldenen Westen. Allein Johanngeorgenstadt hat seit 1998 die Hälfte seiner Einwohner verloren. Aus persönlicher Erfahrung kann ich euch sagen, wie Menschen im Osten ausgenutzt werden. Danke der „Wir sind Billiger“ Politik von Kurt Biedenkopf CDU werden Gewerkschaften klein gehalten und Fachkräfte wie Hilfskräfte behandelt. Ich habe 2007 ausgelernt und bin Werkzeugmechaniker, durch Weiterbildung auch Fluggerätemechaniker Militär und Roboter Experte.

Die meiste Zeit meines Berufslebens habe ich als Leiharbeiter und Hilfskraft verbracht. Oft musste ich zusätzlich Pfand sammeln um über die Runden zu kommen. Was ist die Lösung des Problems? Wir brauchen Zuwanderung, wir brauchen Menschen, welche sich vor Ort gegen Ungerechtigkeit wehren. Kommt aufs Land, kommt in die Kommunen die aussterben, kommt ins Erzgebirge. Egal ob NRW, Bayern, Syrien, UK oder Island – kommt und helft in Regionen wie meinem geliebten Erzgebirge, wir brauchen euch progressiven Menschen, wir wollen unsere Heimat, unser geliebtes Erzgebirge, nicht den Nazis überlassen! Bitte helft uns! In den Großstädten werden Wohnungen gesucht, auf dem Land abgerissen. Kommt und helft den Missstand aufzuhalten.

Nicht nur Chemnitz ist bunt, der ganze Osten bunt! Zum Schluss möchte ich noch sagen: „Bürgergeld und Mindestlohn sind für mich nur eine Art Schweigegeld, damit die unteren Klassen nicht aufmucken!“ Kommt und kämpft! Klimakampf ist Klassenkampf! Kommt und kämpft!
Andreas Heilsberg Beisitzer OV ASZ



Widersteh, so lang Du's kannst Ein musikalisches Porträt des Poeten, Liedermachers, Sängers und Multiinstrumentalisten Hans-Eckardt Wenzel

Neues aus dem Ortsverband Stollberg und Umgebung. Am 25.11.23 haben wir unseren neuen Ortsvorstand gewählt, damit wir gut organisiert in die zwei Wahljahre starten können.

Für dieses Jahr ist noch eine Kulturveranstaltung vorgesehen. Dazu laden insbesondere unsere beiden dafür Verantwortlichen, Karla und Peter, alle recht herzlich ein.

In Bild und Ton stellen wir einen der wichtigsten politischen Liedermacher Deutschlands vor, indem wir ihn selbst und durch seine Lieder sprechen lassen. Alle, die an gut gemachter Musik und Texten, die uns wirklich etwas zu sagen haben, interessiert sind, laden wir ganz herzlich dazu ein.

Karla Rost, Peter Junghanns

Zeitpunkt: Donnerstag, den 28.12.2023, 16:30

Dauer: etwa zweimal 45 Minuten mit einer Pause

Ort: Kulturbahnhof Stollberg

Eine Veranstaltung von Die Linke, Ortsverband Stollberg und Umgebung

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge
V.i.S.d.P. Frank Ditttrich
Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr
Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56
Sitz des Kreisvorstandes
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema
Internet: www.dielinke-erzgebirge.de
Beiträge und Meinungen an redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 27.12.2023

Nominierungsveranstaltung

Im Nächsten Jahr stehen außerdem die Landtags- und Kommunalwahlen an. Dafür müssen wir (Erzgebirger*innen) Kandidat*innen aufstellen.

Wir treffen uns am 03.02.2024 in Geyer („Die Burg“) dazu!





ICH HABE MEINE
10€ FÜR DIE
KREISZEITUNG
GESPENDET.

DU AUCH?

а.Кокоркин 59

Anlage: Aus der Kreistagsarbeit Erzgebirgskreis

Unter TOP 7 der 16. Kreistagssitzung wurde entschieden zu "Umsetzung des Pachtvertrages mit der FCE Stadionbetriebsgesellschaft mbh - Anträge auf Reduzierung und Stundung der Pachtzahlung" Nachfolgend ein Schriftwechsel dazu:

Sehr geehrte Damen und Herren,
als ich heute (20.11.2023) die Freie Presse las, musste ich die Aussagen von Herrn Schlesinger lesen: „AfD und Linke haben geschlossen dagegen gestimmt.“
Ich habe auch nochmal das Video dazu angehört, um sicher zu sein, dass diese Aussage so gefallen ist. Ich /wir bin sehr enttäuscht, dass ein Funktionär des FCE falsche Aussagen vor den Mitgliedern äußerte. Richtig ist, dass in der Fraktion unterschiedliche Meinungen dazu gab, und deshalb auch unterschiedlich abgestimmt wurde (Ja, nein und Enthaltung).
Wir haben den Verein immer positiv begleitet, vom Beschluss zum Neubau des Stadion bis jetzt zur Stundung von Forderungen. Ich bitte den Vorstand in der Presse eine Richtigstellung zu veranlassen und hoffe auf eine weitere Zusammenarbeit zum Wohle des Gesamtvereins.
Wir stehen gern für ein klärendes Gespräch bereit.
Freundliche Grüße

Frank Dahms
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Erzgebirge

Es erfolgte nachfolgendes Antwortschreiben:

Sehr geehrte Kreistagsabgeordnete des Kreistags, sehr geehrter Fraktionsvorsitzender Dahms,
in meiner persönlichen Ansprache zur Mitgliederversammlung vom 18.11.2023 wurde von mir zur aktuellen wirtschaftlichen Situation des FC Erzgebirge Aue Stellung bezogen. Dabei wurde auch auf die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Ertrags- und Liquiditätssituation für das aktuelle und das kommende Geschäftsjahr eingegangen. Ein Punkt waren auch die mehrfachen Anträge beim Kreistag, die Pacht aus dem Pachtvertrag gegenüber dem Landkreis bis auf Weiteres zu stunden, die Stadionsonderzahlung auszusetzen, bzw. einen Teilerlass zu prüfen, um eine Überschuldung und / oder Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Nach mehrfachen Terminen im Landratsamt u. a. am 07.02.2023, zur Vorstellung vor dem Kreis- und Finanzausschuss am 17.03.2023 wurden nach Aufarbeitung und Prüfung der wirtschaftlichen Lage die Anträge im Juni 2023 neu formuliert und am 27.09.2023 zur Abstimmung in den Kreistag gebracht. Aus meinen vorangegangenen Terminen habe ich zur Kenntnis genommen, dass rechts vom Podium die Fraktion der AfD und links vom Podium die Fraktion der Linken räumlich angeordnet ist, ohne im Detail die einzelnen Abgeordneten persönlich zu kennen. Bei der Abstimmung am 27.09.2023 nahm ich optisch wahr, dass die meisten Gegenstimmen zum Antrag des FCE genau aus diesen Reihen der Abgeordneten (rechts und links außen vom Podium) kamen, durch das Heben der Karte bei den „Nein“-Stimmen. Daraus resultierte meine Schlussfolgerung, dass der Antrag mehrheitlich aus diesen Fraktionen abgelehnt wurde. Dabei war ich selbst im Gästebereich anwesend, sodass ein genauer Überblick auf die Fraktion der Linken möglich, auf die Fraktion der AfD demzufolge nur bedingt möglich war. Eine detaillierte Stimmenauszählung erfolgte nicht, da es keine namentliche Abstimmung gab. Sollte mein subjektives Empfinden und sich demnach meine Worte zur Mitgliederversammlung als falsch erwiesen haben, werde ich meine Aussagen entsprechend korrigieren, dazu würde ich aber das tatsächliche Abstimmungsergebnis (je Abgeordneter) der einzelnen Fraktionen benötigen, die meinen subjektiven Eindruck widerlegen. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich vorsorglich um Entschuldigung. Gleichzeitig haben Sie als Fraktionsvorsitzende Ihrer Fraktion zum Ausdruck gebracht, dass Sie persönlich, als auch Ihre Partei hinter dem Verein stehen und die Anträge immer wohlwollend geprüft und ebenfalls wohlwollend zur Abstimmung gegeben haben, denn auch Sie, bzw. Ihre Partei, welche Außenwirkung der Verein in den letzten Jahren zum Positiven des Landkreises weit über die sächsische Landesgrenze hinaus hat. Die ca. 10.000 Mitglieder und Fans haben sich mit den Beschlüssen auf der in Rede stehenden Mitgliederversammlung klar zum Verein bekannt und werden mit den Gremien alles unternehmen, um den Verein wirtschaftlich aus eigener Kraft zu stabilisieren. Sollte aber auch die Hilfe des Landkreises über die gefassten Stundungsbeschlüsse hinaus notwendig werden, werden wir bei zukünftigen Beschlüssen sorgfältiger die Stimmabgabe begleiten und können gem. Ihren Worten weiter auf die Unterstützung Ihrer Fraktion zählen.

Dafür danke ich Ihnen im Namen des Vereins im Voraus und verbleibe mit einem Glück Auf

Thomas Schlesinger / Vorstand FC Erzgebirge Aue e. V